

Ökumenische Flüchtlingsplattform in
der Euregio Maas- Rhein (B/D/NL)

Oecumenische vluchtelingenplatform
in der Euregio Maas-Rijn (B/D/NL)

Plateforme oecuménique dans
l'Euregio Meuse-Rhin (B/D/NL)

2016
Appell

zur Asyl- und Flüchtlingspolitik

Appel

voor de asiel- en vluchtelingenpolitiek

Appel

**au sujet de la politique de l'asile et
des réfugiés**

Appell

zur aktuellen Asyl- und Flüchtlingspolitik

der ökumenischen Flüchtlingsplattform
in der Euregio Maas-Rhein (B/D/NL)



„Flucht ist kein Verbrechen - Flucht ist ein Menschenrecht“

lautete der Titel, unter dem die ökumenische Flüchtlingsplattform im Februar 2014 eine Resolution veröffentlicht hatte. Diese hat - unterstützt durch die katholischen und protestantischen Kirchen in der Euregio - über den kirchlichen Bereich hinaus vielfache Beachtung erfahren.

Fast zwei Jahre später müssen wir feststellen, dass unsere eindringlichen Forderungen an europäische PolitikerInnen und Institutionen, endlich eine menschliche, von christlichen Werten getragene Flüchtlingspolitik umzusetzen, nicht annähernd erfüllt worden sind. Im Gegenteil: Die **gegenwärtige Lage** ist von noch mehr Abwehr gegenüber Flüchtlingen geprägt, von Strategien der Abschottung, begleitet von parteipolitischen Grabenkämpfen einerseits, von oft völliger Überforderung und Hilflosigkeit der verantwortlichen Institutionen andererseits. Die Situation für Flüchtlinge hat sich nicht nur noch einmal dramatisch verschlechtert, sondern sie hat sich auch grundlegend gewandelt. Das Flüchtlingsdrama vor und an den Toren der Europäischen Union findet täglich seine Fortsetzung und es hat sich zugleich ausgedehnt auf die Fluchtwege durch Europa. Menschenunwürdige Situationen erleben wir nicht mehr nur in den Krisenherden des Nahen Ostens oder bei den unversorgten Flüchtlingen, die in der Türkei auf der Straße leben, sondern auch in Griechenland oder mitten in Europa entlang der Balkan-Route(n).

Wir sehen einen der wichtigsten Gründe für diese Defizite der europäischen Flüchtlingspolitik in der Gleichgültigkeit, auf die Flüchtende, ihre Motive, ihr Elend und ihre Verzweiflung in den letzten Jahrzehnten gestoßen sind und die Zehntausende von ihnen das Leben gekostet hat: Sie sind im Mittelmeer ertrunken, in der Wüste verdurstet, haben sich an Zäunen ihre Körper zerrissen oder sind - wie z.B. in Nordafrika - von Sicherheitskräften ermordet worden. Europäische PolitikerInnen haben diesem Sterben an den Außengrenzen des Kontinents weder Einhalt geboten noch Verantwortung übernommen. Wir stellen folgerichtig fest:

Die Länder der Europäischen Gemeinschaft setzen Flüchtlinge durch massive Einschnitte in das Flüchtlingsrecht immer größeren Gefahren aus.

In klarem Widerspruch zu dieser politischen Haltung und ihren Folgen erleben wir eine gewaltige Bereitschaft, Flüchtlinge willkommen zu heißen. Die vielen Ehrenamtlichen setzen ein Zeichen gegen sich verstärkende Feindbilder, Fremdenhass und Rassismus. Diese Menschen, Gemeinden und Gruppen leisten einen wirksamen Dienst der „Entfeindung“, indem sie Asyl und Flucht positiv im Sinne der Menschenwürde und der Menschenrechte werten. Angesichts der derzeitigen Verschärfungen des Asylrechts und der wieder verstärkten Fokussierung auf Abschottung von und Begrenzung der Flüchtlingsbewegungen nach Europa ist das Eintreten für das Asylrecht und die humanitäre Aufnahme von Flüchtlingen dringend erforderlich.

Unzählige Frauen und Männer setzen sich ehrenamtlich dafür ein, den Ankommenden ihren Aufenthalt so erträglich wie möglich zu gestalten. Gemeinsam mit ihnen stellen die Mitglieder der Euregionalen Flüchtlingsplattform mit Nachdruck fest:

Flüchtlinge sind nicht gefährlich, sondern sie sind gefährdet. Sie fliehen vor Gewalt, Hunger und Hoffnungslosigkeit und suchen bei uns Hilfe und Schutz.

Wir wissen um ihre Not und die Bedingungen, die sie in die Flucht treiben, und wir wissen, dass niemand behaupten kann, ihre Gründe nicht zu kennen. Wir stellen deshalb fest:

Flüchtlinge sind gleich doppelt gefährdet, durch die Lebensbedingungen in ihren Herkunftsländern und durch die politischen Maßnahmen der Ab- und Ausgrenzung.

Dieser zweifachen Gefährdung muss politisch entgegengewirkt werden:

1. Bekämpfung der Fluchtursachen in den Herkunftsländern

Seit Jahrzehnten ist bekannt, dass Armut und unerträgliche Lebensumstände Millionen Menschen zwingen, ihre Heimat zu verlassen, wenn sie überleben wollen. Ernsthafte Bemühungen zur Veränderung dieser Umstände sind jedoch kaum erfolgt und auch gegenwärtig schwer zu erkennen.

Im Gegenteil:

- Die Ausbeutung der armen durch die reichen Länder geht ungebremst weiter;
- ungerechte Handelsabkommen nehmen vielen ohnehin armen Ländern die Chance, ihre Menschen zu ernähren, weil sie faire Preise für Produkte verhindern;
- Billigimporte, zu denen diese Länder genötigt werden, zerstören die lokalen Märkte;
- Hungerlöhne und krankmachende Arbeitsbedingungen verschärfen die Ausbeutung der Bevölkerung;
- Landraub durch multinationale Konzerne und finanzstarke Investoren vertreibt weltweit immer mehr Menschen von ihrem Grund und Boden;
- die Unterstützung menschenverachtender Regime und ihrer korrupten Handlanger durch die deutsche und europäische Politik verhindert jede Veränderung zugunsten der Bevölkerung;
- eine materielle Grundversorgung mit Wasser, Nahrung, Bildung, Gesundheit, also die Sicherung der fundamentalsten Existenzgrundlagen wird systematisch verhindert;
- die Folgen der Klimakatastrophe treffen die ohnehin leidenden, hungernden und durstenden Menschen in einem noch weitaus folgenschwereren Ausmaß als uns Europäer;
- der Kampf um die zur Neigung gehenden Ressourcen auf dem Globus nimmt immer brutalere Formen an, zuungunsten der ohnehin Benachteiligten, ihre Heimat wird immer unbewohnbarer und zwingt sie zur Flucht;
- insbesondere die deutschen Waffenexporte in alle Welt tragen zu Gewalt und Terror entscheidend bei;
- die Beteiligung nationalstaatlicher Armeen wie der Bundeswehr bzw. der Nato an immer mehr kriegerischen Einsätzen in der Welt ist mitverantwortlich für die katastrophalen Zustände in Syrien, Afghanistan und im Irak und für ungezählte Opfer insbesondere unter der Zivilbevölkerung.

Diese und eine Reihe anderer existenziell unerträglicher Zustände führen als **unbestreitbare Fluchtursachen** dazu, dass Millionen Menschen in Afrika, in Asien, im Nahen Osten, in Süd- und Mittelamerika unter körperlicher und seelischer Gewalt, unter Hunger und Entbehrung, unter Hoffnungslosigkeit, Angst und Traumatisierung leiden. Sie zwingen diese Menschen, in vermeintlich sichere Weltgegenden zu fliehen, vor allem nach Europa, nach Deutschland.

Appell

Deshalb appellieren wir an alle deutschen und europäischen PolitikerInnen:

Wenn Sie Ihre Bekundungen, die Fluchtursachen zu bekämpfen, damit die Menschen keinen Grund mehr haben, nach Europa zu fliehen, ernst meinen, setzen Sie alles daran, diese Fluchtursachen mit allen Ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln abzustellen. Beteiligen Sie sich an einer Großen Transformation hin zu einer klimaverträglichen und sozialgerechten Gesellschaft.

2. Eine humane, gerechte, für alle leidenden Menschen offene Flüchtlingspolitik

- Die aktuelle Flüchtlingsdiskussion in Europa ist von gesellschafts-politischen Widersprüchen und humanen Defiziten geprägt. Die Not und die Verzweiflung hilfeschender Menschen werden zu einer angeblich für die ganze Gesellschaft bedrohlichen Krise aufgebauscht. Es handelt sich aber, nicht nur in Deutschland, sondern in ganz Europa, vor allem um eine politische Krise. Diese Entwicklung kommt keineswegs überraschend. Was wir derzeit erleben, ist keine Flüchtlingskrise, sondern eine politische Krise, in der sich ein europäisches Staatsversagen manifestiert. Der innereuropäische Minimalkonsens, der sonst in allen auch harten Konflikten trägt, scheint zerbrochen. Das macht die Lage auch politisch so unberechenbar.
- Alle NGOs, Sozialverbände, Kirchen und Flüchtlingsinitiativen weisen seit Jahren darauf hin, dass sich Europa auf viel mehr Flüchtlinge einstellen und die notwendigen Bedingungen für ihre angemessene Versorgung und Integration schaffen muss;
- es wurde immer wieder angemahnt, dass eine menschenwürdige Unterbringung nur in angemessen ausgestatteten Wohnungen möglich ist und dass entsprechende Reserven zu schaffen seien;
- auf allen Ebenen von Politik und Verwaltung in ganz Europa wurde so lange gewartet, bis die Flüchtlinge in den Ländern Europas angekommen waren, mit dem Ergebnis übereilter und teilweise planloser Aktivitäten, die in der Regel **erstens** sehr teuer und **zweitens** nicht an menschenwürdigen Standards orientiert sind;
- wir übersehen nicht, dass ein Teil der PolitikerInnen die - im Gegensatz zu den 90er Jahren - gastfreundliche Haltung der Bevölkerungsmehrheit teilt, dass aber ein erheblich größerer Teil versucht, Angst und Fremdenfeindlichkeit zu stärken;
- es ist für uns und für unser demokratisches Gemeinwesen unerträglich, dass viele politische Parteien in allen Europäischen Ländern momentan wetteifern, wer besser in der Lage ist, Ängste vor Überfremdung in der Bevölkerung zu schüren;
- besonders bedrohlich erscheint uns das seit Monaten unübersehbare Resultat dieser politisch fragwürdigen Haltung, dass die Rechtsextremen und insbesondere das rechtsextreme Gewaltpotential gefördert wurde und wird;
- schließlich erinnern wir daran, dass arme Länder, wie beispielweise Pakistan, Libyen, Jordanien und die Türkei weitaus mehr Flüchtlinge als ganz Europa aufnehmen, dass z.B. im Libanon jeder dritte Mensch ein Flüchtling ist. Eine Zahl von 1,6 Mio. Flüchtlingen im Jahr 2015 macht nicht einmal 2% der deutschen Gesamtbevölkerung aus - und Deutschland ist eines der reichsten Länder auf der Erde.

Wir sind überzeugt

- dass weder der weitere Ausbau der Festung Europa noch der weitere Abbau der Flüchtlingsrechte die Fluchtbewegungen in den reichen Westen langfristig wird aufhalten können,
- dass selbst der Kampf gegen Flüchtlinge mit den modernsten Waffensystemen verzweifelte und hungernde Menschen nicht aufhalten kann,
- dass vor allem aber Europa, das für die Fluchtgründe mitverantwortlich ist, in der Lage sein wird, unter Wahrung der Menschenrechte humane Lösungen zu finden.

Appell

Deshalb appellieren wir an alle deutschen und europäischen PolitikerInnen:

Beenden Sie die politischen Diskussionen und Maßnahmen, national und auf EU-Ebene, die das Ziel von Abschottung und Abwehr der Flüchtlinge verfolgen. Verhindern Sie durch eine klare Haltung für Asyl und Gastfreundschaft, dass die demokratischen Grundlagen eines vereinten Europa in Frage gestellt werden.

3. Forderungskatalog

Auf dem Hintergrund der unzumutbaren Mängel der europäischen Flüchtlingspolitik fordert die Ökumenische Flüchtlingsplattform in der Euregio Maas-Rhein (B,D,NL) von den politisch Verantwortlichen auf allen Ebenen und in allen EU-Ländern:

Weltweit

- Sofortiger Paradigmenwechsel weltweit: Flüchtlinge sind keine Gefährdung, sondern sie sind massiv Gefahren ausgesetzt.
- Einstellung der kriegerischen Interventionen und wirtschaftlichen Ausbeutung als Fluchtursachen vor allem in den Ländern des globalen Südens.
- Stattdessen Entwicklungspolitik, die den Konfliktursachen wie Jugendarbeitslosigkeit, geringe wirtschaftliche Produktivität, Ernährungsunsicherheit, ökologische Degradation oder Folgen des Klimawandels entgegenwirkt.
- Kein Aushöhlen der Genfer Flüchtlingskonvention durch illegale Push-Back-Operationen.
- Waffenexporte, die die Konflikte anheizen und zu Fluchtbewegungen führen, müssen sofort ein Ende haben.
- Entwicklungsarbeit muss das friedliche Zusammenleben in dieser Welt, fördern, also zivile Krisenprävention und friedvolle Konfliktbearbeitung fördern.
- Geregelter Zugang von Flüchtlingen nach Europa mittels humanitärer Visa.

Europa

- Sofortige Beendigung des militärischen Vorgehens gegen Flüchtlinge, das Sterben auf den Fluchtwegen und an den europäischen Außengrenzen muss um Gottes Willen ein Ende haben.
- Kein Auslagern der europäischen Flüchtlingspolitik nach Nordafrika, in die Türkei oder in andere Länder (z.B. durch Hot Spots).
- Beendigung europäischer Kriegseinsätze in Krisengebieten.
- Massive logistische und finanzielle Unterstützung der Binnenvertriebenen und der Flüchtlingslager in Ländern, die die Hauptlast der Fluchtbewegungen tragen.
- Massive finanzielle Unterstützung der Arbeit von multilateralen Organisationen (z.B. UNHCR, UNICEF, u.a.), deren humanitäres Engagement unersetzlich ist.
- Keine Erklärung von Fluchtländern (z.B. dem Balkan) zu „sicheren Herkunftsländern“. Besonders Roma sind in diesen Ländern von Gewalt und Ausgrenzung bedroht.
- Die Bekämpfung der skrupellosen Schleuser - es gibt auch andere - ist am effektivsten durch das Schleifen der Festung Europa durchzusetzen. Europa hat dem Schleuserunwesen durch den Ausbau der Festung erst zum Erfolg verholfen.
- Aufhebung der Dublin III-Regelung, die ungerecht ist und deshalb nie richtig umgesetzt werden konnte und kann; stattdessen die Schaffung einer Wahlmöglichkeit des Ziellandes durch die Flüchtlinge bei entsprechender finanzieller Entlastung durch die EU.

Innenpolitik

- *Energische Schritte gegen Politiker und andere Personen, die zum Widerstand gegen Asylbewerber-Zentren und damit gegen Flüchtlinge aufrufen und hetzen.*
- *Schutz für Politiker und andere Personen, die sich für Flüchtlinge einsetzen.*
- *Verstärkte Bemühungen um Dialog zwischen Befürwortern und Gegnern in der Flüchtlingsdebatte in geschützten Räumen, um den Abbau von oft unbegründeten Ängsten zu ermöglichen.*
- *Errichtung von Flüchtlingsunterkünften für höchstens 150 Personen zur Vermeidung von unübersichtlichen und damit konflikträchtigen Massenunterkünften.*
- *Zusammenarbeit zwischen allen gesellschaftlichen Gruppen (Behörden, Kirchen, Hilfsorganisationen) anregen und fördern, sowohl auf lokaler Ebene als auch landesweit.*
- *Angemessene Versorgung der Flüchtlinge sicher stellen, besonders von Menschen ohne Papiere, z.B. abgewiesene Asylbewerber, solchen, deren Asylverfahren beendet wurde, und solchen, die aus der Abschiebehaft entlassen wurden, ohne dass sie abgeschoben werden können.*
- *Aufnahme und Begleitung von Flüchtlingen über die Grundversorgung (Bett, Bad, Brot) hinaus ermöglichen und fördern.*
- *Unterstützung der ehrenamtlich tätigen Menschen, z.B. durch finanzielle Hilfen (Fahrtkostenerstattung, Schulung und Beratung) sowie Förderung von sog. Patenschaften (vluchtelingenmaatjes)*
- *Um die schnelle Inklusion zu fördern, sollten Flüchtlinge aus Ländern mit hohen Anerkennungsraten in allen europäischen Ländern ohne Prüfung von Asylanträgen ein Bleiberecht bekommen.*
- *Inklusion der Flüchtlinge von Anfang an bei gleichzeitiger Förderung der zirkulären Migration, auch um „drainthebrain“-Systematik zu verhindern.*
- *Keine Unterscheidung mehr zwischen Flüchtlingen zu machen, die sich wegen einer Verfolgung auf die Flucht begeben und denen, die dies aus einer fehlenden Lebensperspektive tun. Hunger und absolute Armut - damit verbunden Hoffnungslosigkeit und Krankheit - sind durchaus Fluchtgründe. Die Bibel kennt solch eine Unterscheidung nicht.*
- *Sofortige Beendigung des Schürens von Angst durch politische Parteien, um parteipolitischen Nutzen daraus zu ziehen. Die Nutznießer sind schon heute die Rechtsextremen.*
- *Abschaffung des Duldungsstatus, der Flüchtlingen keine Chance zur Integration lässt.*
- *Abschaffung von Massen- und Sammelunterkünften, die keine Privat- und Intimsphäre ermöglichen.*
- *Berufliche Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten für alle Flüchtlinge.*
- *Kita- und Schulplätze für alle Flüchtlingskinder als Schlüssel für ihre altersangemessene Integration.*

4. Überschreitung der Schamgrenze

Für uns ist die europäische Flüchtlingspolitik eine Schande, weil sie Menschenrechte, christliche Werte und ein friedliches wie gerechtes Zusammenleben aller Menschen missachtet.

Europa sollte seinen Friedensnobelpreis zurückgeben.

Die Mitglieder der Ökumenischen Plattform sind sich sehr wohl bewusst, dass durch die Abschottung Europas der hohe Lebensstandard, insbesondere für die Mittel- und Oberschicht in unseren Ländern zu Lasten der armen Länder und der Armen bei uns zementiert wurde. Unser Wirtschaftssystem tötet auch heute, selbst, wenn kein Krieg geführt wird. Wir haben uns dadurch ihnen und unserem Herrn gegenüber schuldig gemacht.

Papst Franziskus hat es Politikern auf allen Ebenen, aber auch uns sehr deutlich gesagt: **„Wir sind schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi“**. Er zitiert damit aus dem Schuldbekenntnis des ev. Theologen Dietrich Bonhoeffer, der angesichts der Verbrechen im Nationalsozialismus formuliert:

„Die Kirche bekennt, die willkürliche Anwendung brutaler Gewalt, das leibliche und seelische Leiden unzähliger Unschuldiger, Unterdrückung, Haß und Mord gesehen zu haben, ohne ihre Stimme für sie zu erheben, ohne Wege gefunden zu haben, ihnen zu Hilfe zu eilen. Sie ist schuldig geworden am Leben der schwächsten und wehrlosesten Brüder Jesu Christi.“

(D. Bonhoeffer: Schuldbekenntnis, in Ethik, 11. Auflage 1985, S. 118-123)

Wir als Christen sind nicht die „besseren Menschen“, wir verstehen das Schuldbekenntnis als Vermächtnis und Verpflichtung. Es ist an der Zeit, dass wir alle, nicht nur die Politiker, ohne Umschweife umkehren, um uns endlich dessen bewusst zu werden, dass ein Leben in Frieden und Teilhabe nur möglich ist, wenn wir zum Teilen mit denen bereit sind, die kaum eine Lebenschance haben. Dazu kann und muss jeder Einzelne beitragen.